

Bei der Beurteilung der Ursachen des Sieges der konterrevolutionären Kräfte in den Jahren 1989/90 handelt es sich um ein theoretisch-weltanschauliches Problem, das mich schon lange beschäftigt. Es spielt sowohl in der Auseinandersetzung mit dem Gegner als auch in Diskussionen mit Gleichgesinnten eine große Rolle. Ich will einige Gedanken dazu äußern.

Anfang der 60er Jahre waren die sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR bestimmend geworden. Es wurde begonnen, den Sozialismus als Gesamtsystem auszubauen. Dabei haben wir den erreichten Stand oft überschätzt. Es ist eine Tatsache, daß die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in den 80er Jahren erst ganz am Anfang stand und daß ihr Ausbau ab Mitte des Jahrzehnts immer mehr stagnierte.

Wenn zu den Ursachen der Niederlage des Sozialismus in der DDR Aussagen gemacht werden, dann trifft man häufig auf zwei Extreme: Die einen sagen, die äußeren Ursachen, Attacken des Kapitalismus sowie die Lage in der UdSSR und im RGW, seien das allein Entscheidende gewesen, während andere erklären, die Gründe hätten nur in der DDR gelegen.

Beide Wertungen sind undialektisch und halten in ihrer Absolutheit einer kritischen Überprüfung nicht stand.

Man muß von der Wechselbeziehung innerer und äußerer Faktoren ausgehen. Nach der materialistischen Dialektik sind dabei die inneren Widersprüche das Primäre. Diese Aussage würde, isoliert auf die Vorgänge in der DDR angewendet, in der Tat zu der Wertung führen, unser Staat sei an seinen eigenen Widersprüchen zugrunde gegangen. Ich halte eine solche Verabsolutierung für einseitig und damit falsch.

Die Welt als Ganzes betrachtet, war bis zum Ende der 80er Jahre in die beiden Hauptkontrahenten Sozialismus und Kapitalismus gespalten. (Von den Ländern der Dritten Welt sehe ich hier einmal ab). Darin bestand der bestimmende Grundwiderspruch. Sozialismus und Kapitalismus waren Weltsysteme, die in antagonistischen Beziehungen zueinander standen. Die Auseinandersetzung zwischen ihnen hat der Sozialismus als Weltsystem, verkörpert durch die UdSSR und die mit ihr verbündeten Länder des Warschauer Vertrages, verloren.

Doch der Sozialismus besteht in der internationalen Arena weiter. Um seinen Aufbau geht es – bei allen spezifischen Zügen, die man jeweils beachten muß – in Ländern wie Kuba, China und Vietnam. Das weltumspannende sozialistische System gibt es heute indes nicht mehr.

Geht man vom globalen Widerspruch zwischen Kapitalismus und Sozialismus aus, dann muß man die DDR in das sozialistische Lager einordnen. Sie nur für sich genommen zu betrachten und die Ursachen der Niederlage in Europa vor allem der DDR anzulasten, führt in die Irre.

Denn der sozialistische deutsche Staat hätte sich allein nicht behaupten können. Der Ausgang des Kampfes beider Welt-

Zu einigen Ursachen der Niederlage des Sozialismus in der DDR

systeme hat deshalb auch das Schicksal der DDR besiegelt. Entscheidend für die Niederlage in Europa war der Zusammenbruch der Hauptkraft des Weltsozialismus, der Sowjetunion.

Die Frage nach den Gründen des Unterliegens ist ein weites Feld. Als fundamental sehe ich die Tatsache, daß der Sozialismus letztlich die Schlacht auf dem Gebiet der Ökonomie verloren hat. Von Marx stammt die Feststellung, daß eine Gesellschaftsformation nie untergeht und von der nächsten abgelöst werden kann, bevor sie nicht alle ihre Potenzen ausgereizt hat. Lenin schrieb, daß die höhere Arbeitsproduktivität über den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung entscheide.

Wir haben den Fehler begangen, die alte Gesellschaftsordnung nur unter dem Aspekt ihres Abstiegs zu bewerten (Imperialismus als parasitärer, faulender, sterbender Kapitalismus) und verkannt, daß sie noch in der Lage war und ist, eigene Entwicklungspotenzen zu erschließen. Und das sogar in stärkerem Maße, als es dem Sozialismus möglich war. Sie vermochte diesem enorme Rüstungsausgaben zu seiner Verteidigung aufzuzwingen, die er der Ausgestaltung seiner Anziehungskraft entziehen mußte.

Tatsache ist auch, daß es dem Sozialismus aus einer Reihe von Gründen nicht gelang, eine gegenüber dem Kapitalismus höhere Arbeitsproduktivität hervorzubringen. Dabei muß der Vergleich immer zwischen den jeweils am höchsten entwickelten Ländern beider Weltsysteme angestellt werden.

Wenn ich mich im folgenden zu einigen Ursachen der Niederlage des Sozialismus äußere, dann handelt es sich um jene, die im System als Ganzes wirkten und damit auch in der DDR. Dabei gab es, ausgehend von historischen Gegebenheiten im jeweiligen sozialistischen Land, durchaus Modifikationen.

Natürlich überschaue ich diese Gründe keinesfalls in ihrer Gesamtheit. Ich will aber vier von ihnen nennen und beschreiben, um Schlußfolgerungen für die weitere theoretische Arbeit auf diesem Gebiet durchdenken zu helfen.

Meine erste These:

Es ist uns nicht gelungen, die dem Sozialismus innewohnenden Triebkräfte so zu erschließen, daß damit die Überlegenheit über den Kapitalismus hätte erreicht werden können.

Friedrich Engels ist davon ausgegangen, daß die Geschichte die Resultante handelnder Individuen ist und daß jedes von ihnen eigene Ziele verfolgt. Die Menschen werden durch innere und äußere Triebkräfte zum Handeln angeregt.

Im Kapitalismus ist das Streben nach Maximalprofit die alles bestimmende Triebkraft des Systems. Sie beeinflusst auch den individuellen Antrieb jener Menschen, denen es nicht um Maximalprofit geht, sondern um die Erhaltung der bloßen Existenz.

Im Sozialismus handelt es sich um die Erschließung von materiellen und ideellen Triebkräften in ihrer Gesamtheit. Hier aber lag ein Problem, bei dessen Lösung wir ernste Fehler begangen haben. Wir konzentrierten uns zu stark auf ideelle Triebkräfte und überschätzten unzulässigerweise die daraus erwachsenden Möglichkeiten. Das muß ich heute auch in bezug auf meine eigene Arbeit an der ideologischen Front feststellen. Wir haben uns bemüht, das Bewußtsein der DDR-Bürger so zu beeinflussen, daß es sich auf ihr praktisches Handeln auswirkte. Es ging uns um die Herausbildung sozialistisch-weltanschaulicher Überzeugungen und darum, daß sich die Menschen von entsprechenden Moralvorstellungen inspirieren ließen. Diese Erziehung begann in den Kindereinrichtungen und setzte sich in den Schulen und Hochschulen fort. Darauf waren Parteilehrjahr, FDJ-Studienjahr und gewerkschaftliche Schulen der sozialistischen Arbeit gerichtet. Mit ihnen wurde versucht, möglichst viele Mitglieder der Gesellschaft zu erreichen und einen ständigen ideellen Einfluß auf sie zu nehmen. Das war auch aus heutiger Sicht unverzichtbar. Dabei gesammelte Erfahrungen sind für kommende Generationen sicher von Nutzen. Positives muß bewahrt und neu erschlossen, aufgetretene formale Züge müssen vermieden werden. Doch wir haben das notwendige Zusammenwirken ideeller und materieller Faktoren unterschätzt und dieses, unterschiedlich in den einzelnen Etappen und aus verschiedenartigen Beweggründen, vernachlässigt.

In der ersten Zeit nach dem Krieg wurden von der KPD, der SPD und später auch der SED sowie den anderen demokratischen Kräften ideelle Motive in der Auseinandersetzung mit der tief in das Bewußtsein eingedrungenen faschistischen Ideologie gewollt in den Vordergrund gestellt. Es gibt viele Beispiele dafür, daß sich

Menschen damals ausschließlich oder vorrangig von solchen Erwägungen haben leiten lassen. Bei der Erschließung ideeller Triebkräfte kam es zeitweilig zu schädlichen Überspitzungen. So wurden diese mitunter verabsolutiert und andere Erwägungen als „kleinbürgerliches Denken“ zurückgewiesen.

Als stärkste materielle Triebkraft wirkten der Hunger und die Not, die es durch entsprechendes eigenes Handeln Schritt für Schritt zu überwinden galt.

In den Anfangsjahren der DDR gelang die Verbindung zwischen materiellen und ideellen Triebkräften eher. Die Löhne und Gehälter wurden erhöht, das Warenangebot verbesserte sich, ein funktionierendes System der Prämierung begann zu greifen. Es war mit moralischer Anerkennung verbunden.

Besonders nach dem VIII. Parteitag kam es jedoch zu groben Verletzungen des Prinzips der materiellen Interessiertheit als Triebkraft. Das bezog sich auf volkswirtschaftliche Einheiten und auch auf jeden einzelnen. Die Beschäftigten volkseigener Betriebe wurden zwar durch Jahresendprämien an einem guten Produktionsergebnis materiell beteiligt, es gab aber keine Abhängigkeit des Lohnes von den wirtschaftlichen Ergebnissen des jeweiligen VEB. So herrschte eine gewisse Gleichmacherei, die sich nicht stimulierend, sondern hemmend auswirkte.

Das war auch in Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) der Fall. Es ist bekannt, daß die durchgängige sozialistische Umgestaltung im Frühjahr 1960 zeitweilig zu erheblichen Produktionsrückgängen führte. Die Einzelbauern gingen oft entgegen ihrer Überzeugung in die LPG, wurden häufig gedrängt und hatten, daraus resultierend, insbesondere in der ersten Zeit, kaum materielle und ideale Antriebe zu guter genossenschaftlicher Arbeit. Anfangs gab es Perioden, in denen, staatlich verordnet und durch Gesetz gesichert, ein Existenzminimum von 150 Mark an jedes Genossenschaftsmitglied gezahlt wurde, unabhängig davon, ob die ökonomischen Ergebnisse der jeweiligen LPG auch nur diesen Betrag erbrachten.

Die Landwirtschaft der DDR nahm in den folgenden Jahrzehnten einen großen Aufschwung. Den Bauern ist es in Deutschland noch nie so gut gegangen wie unter sozialistischen Produktionsverhältnissen. Viele Genossenschaften hatten sich schnell entwickelt und waren ökonomisch erstarkt. Das hätte sich auch in entsprechenden Einkünften niederschlagen können. Doch besonders in den 70er und 80er Jahren wurde diese Möglichkeit oft durch eine Tendenz zur Nivellierung untergraben. Auf administrativem Wege legten die zentralen Partei- und Staatsorgane gewissermaßen die Höhe der individuellen Konsumtion fest. Das Jahreseinkommen der Genossenschaftsbauern wurde so nach oben begrenzt. Der Leitgedanke dabei war, daß ein LPG-Mitglied kein wesentlich höheres persönliches Einkommen als ein durchschnittlicher Arbeiter oder Angestellter in anderen Volkswirtschaftszweigen erreichen sollte. Negative

Auswirkungen solcher gleichmacherischen Entscheidungen wurden in gewisser Weise dadurch eingeschränkt, daß die erwirtschafteten Mittel ja in den Genossenschaften verblieben und für Investitionen, vor allem auch im sozialen Bereich, eingesetzt werden konnten. Das kam den Bauern unmittelbar zugute.

Eine erhebliche Vernachlässigung in der Erschließung materieller Triebkräfte trat mit dem vom VIII. Parteitag eingeleiteten „Kurs der Hauptaufgabe“ ein. Nun wurde eine Sozialpolitik forciert, die jedem Bürger der DDR – unabhängig von seinen Leistungen für die Gesellschaft –, Vorteile brachte. Man betrachtete sie bald als Selbstverständlichkeit. Damit wurde ihre Triebkraftfunktion stark beeinträchtigt. Das Wertgesetz unterlag erheblichen Manipulationen. Die Masse der Konsumgüter wurde für einen staatlich festgelegten Preis zur Verfügung gestellt, der oft die Produktionskosten erheblich unterschritt. Diese Preissubventionen deformierten geradezu das Wertgesetz. Andere Waren aber wurden in Exquisit- und Delikatläden zu weit überhöhten Preisen angeboten.

Auch die staatliche Auszeichnungspolitik wirkte sich negativ aus. Mit oft hohen Geldprämien verbundene Orden und Medaillen wurden inflationär verliehen und büßten damit ihre anspornende gesellschaftliche Wirkung ein, die sie in früheren Stadien der DDR-Entwicklung besessen hatte. Ich habe 2004 in Apolda eine diskreditierende Ausstellung über das Leben in der DDR besucht. Die Aktivistenmedaille wurde dort als „Schüttware“ diffamiert. An Partei- und Staatsfunktionäre wurden Auszeichnungen verliehen, wenn das jeweilige Führungsorgan der Meinung war, der Betreffende sei „dran“. In der Regel wurde das an runde Geburtstage gebunden, so daß sich mancher schon ausrechnen konnte, wann er mit welchem Orden an die Reihe kommen würde. Ande-

rerseits war der Anteil einfacher Arbeiter, Genossenschaftsbauern und Angestellter an höchsten Auszeichnungen im Verhältnis zu führenden Funktionären zu gering. Angehörige der Intelligenz wurden offenbar besser bedacht. Doch fehlt mir hier etwas der Überblick.

Zusammenfassend ist zu dieser Thematik zu sagen: Materielle und ideelle Triebkräfte müssen in einer künftigen sozialistischen Gesellschaft viel stärker miteinander verknüpft werden. Es geht vor allem darum, voluntaristische Verletzungen des Wertgesetzes und die Untergrabung des Prinzips der materiellen Interessiertheit unbedingt zu vermeiden.

Meine zweite These:

Es ist uns nicht gelungen, das Volkseigentum an Produktionsmitteln als gesellschaftliches Verhältnis im Marxschen Sinne auszubilden.

Von prinzipieller Bedeutung sind hierzu die Ausführungen von Karl Marx in seinen „Ökonomisch-philosophischen Schriften“ aus dem Jahre 1844. Er legt dar, daß das Eigentum als gesellschaftliches Verhältnis verstanden werden muß, mit dem sich die Eigentümer identifizieren. Kein Zweifel: Der Kapitalist identifiziert sich voll mit seinem Eigentum und kämpft um dessen Erhaltung und Mehrung.

Eine solche Einstellung entstand bei den Arbeitern und Angestellten der volkseigenen Betriebe und Einrichtungen nicht. Deshalb haben sie auch keinen Widerstand gegen die Liquidierung dieses Eigentums und seine Umwandlung in kapitalistisches Eigentum geleistet. Das war bei den Genossenschaftsbauern völlig anders. Ich habe schon dargelegt, daß die durchgängige sozialistische Umgestaltung im Frühjahr 1960 gegen den Widerstand größerer Teile der Bauernschaft durchgesetzt worden ist. So hat es einige Jahre gedauert, bis sich massenhaft die Überzeugung herausbildete, daß dieser



Kubanische Ärzte vor ihrem internationalistischen Einsatz in Ländern der 3. Welt

Weg der richtige sei. Schrittweise entwickelten sich Lebensbedingungen, von denen frühere Bauergenerationen nur träumen konnten. Ich nenne die Befreiung der Bäuerin von schwerster körperlicher Arbeit und ihre soziale Aufwertung, gesichertes Einkommen bei geregelter Arbeitstag, Möglichkeiten der Qualifizierung für alle, garantierten Urlaub, z. T. sogar in Spitzenzeiten der Arbeitsbelastung, entwickeltes kulturelles Leben in den Dörfern, klare Perspektiven für die Jugend. Diese Errungenschaften, erlebbar für jeden Dorfbewohner, waren in den 80er Jahren in die Erfahrungswelt aller eingegangen.

Das haben die Ideologen und Organisatoren der Konterrevolution kraß unterschätzt. Sie ließen sich von der Illusion leiten, die Bauern würden mit fliegenden Fahnen ihre Genossenschaften verlassen, die landwirtschaftlichen Betriebe aufsplitteln und privatisieren. Das trat jedoch nicht ein. Im Gegenteil war das Bestreben spürbar, an der genossenschaftlichen Produktionsweise festzuhalten. Deshalb sahen sich die neuen Machthaber gezwungen, ein Gesetz zu erlassen, in dem ausdrücklich vorgegeben wurde, die Genossenschaften bis Ende 1991 im kapitalistischen Sinne umzugestalten. Danach erfolge ihre zwangsweise Auflösung. Durch Anwendung entsprechender materieller Stimuli, großzügige Abfindungen usw., wurde der Widerstand der Bauern gegen diese staatlich verordnete Entwicklung gelähmt. Dennoch hat sich gezeigt, daß sich die Landbevölkerung mit dem genossenschaftlichen Eigentum als gesellschaftlichem Verhältnis viel stärker identifizierte als die Arbeiter und Angestellten der VEBs mit dem Volkseigentum. Die Konterrevolution hat ihr Ziel der frontalen Zerschlagung der landwirtschaftlichen Großbetriebe in der früheren DDR nicht erreicht. Die Vorzüge der Großproduktion sind nach wie vor fest im Bewußtsein der ehemaligen Genossenschaftsbauern verankert; auch in ökonomischer Hinsicht haben die LPGs und VEGs ihre Überlegenheit gegenüber der Struktur der Landwirtschaft in der alten BRD bewiesen.

Erreicht wurde schließlich die Umstellung der Großproduktion nach kapitalistischen Prinzipien auch dadurch, daß Führungskräfte aus der DDR-Landwirtschaft versucht haben, zu retten, was zu retten ist, wobei etliche von ihnen ihr eigenes Schäfchen ins trockene zu bringen bestrebt waren. Nur in geringerer Zahl der Fälle wurde von der Möglichkeit einer Umwandlung von DDR-Betrieben in Unternehmen im Sinne des am Ende des 19. Jahrhunderts erlassenen Genossenschaftsgesetzes Gebrauch gemacht.

Aus dem Dargelegten folgt, daß es künftig gelingen muß, den Produzenten das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln so bewußtzumachen, daß sie sich voll damit identifizieren können. Ein solches Maß an Übereinstimmung ist weder in der DDR noch in den anderen sozialistischen Ländern erreicht worden. Deshalb hatte die Konterrevolution leichtes Spiel, den Arbeitern und Angestellten das Volkseigentum zu entreißen. Die meisten Werk-



Hoffnungsträger: die Präsidenten Hugo Chávez (Venezuela), Rafael Correa (Ecuador) und Evo Morales (Bolivien) in indianischer Tracht

tätigen sahen in ihm „nur“ das Eigentum des sozialistischen Staates, betrachteten es aber nicht als etwas, mit dem sie sich aufs engste verbunden fühlten.

Lenin hat dargelegt, daß das Volkseigentum gesamtgesellschaftliches Eigentum sein müsse und daß der einzelne Betrieb nicht den darin beschäftigten Arbeitern gehören könne. Sicher darf man den hier definierten Charakter des Volkseigentums nicht in Frage stellen. Aber warum kann nicht nach Wegen gesucht werden, daß sich jeder einzelne in einem solchen Betrieb auch ganz persönlich mit dem Eigentum identifiziert? Wir haben das durch ideologische Arbeit versucht und immer wieder versichert: „Das ist auch Dein Betrieb, Deine Maschine.“ Eine feste Grundüberzeugung wurde dadurch bei den meisten jedoch nicht erreicht. Es muß also nach Mechanismen gesucht werden, die garantieren, daß sich der Werktätige auch durch materielle Hebel enger mit seinem Betrieb verbindet. Denkbar wären vielleicht Formen der Beteiligung. Wenn jeder Arbeiter, Angestellte und Ingenieur z. B. gewisse Anteile in Form von Schuldverschreibungen für gewährte oder erarbeitete Darlehen besessen hätte, wäre es der „Treuhand“ nicht so ohne weiteres gelungen, ganze Betriebe ohne Widerstand der Belegschaft für den „symbolischen Preis“ von einer DM an kapitalistische Schnäppchenjäger zu verschleudern.

Im Zusammenhang mit Debatten zu diesem Thema wurde oft darauf verwiesen, daß in Jugoslawien Versuche gescheitert seien, staatliche Unternehmen in das Eigentum der Belegschaften zu überführen. Ich meine die Arbeiterselbstverwaltung. Dennoch sollten auch solche Erfahrungen, die offenbar eher negativ waren, in unsere Debatte einbezogen werden. Alles mit dem Ziel, das kollektive Eigentum als gesellschaftliches Verhältnis erlebbarer zu machen.

Meine dritte These:

Es ist uns nicht gelungen, überall und auf allen Ebenen eine wirklich lebendige, von den Überzeugungen der Menschen getragene Demokratie zu entwickeln.

Wenn die professionellen Hasser der DDR heute nicht müde werden zu behaupten, es habe im sozialistischen deutschen Staat keine Demokratie gegeben, so ist dem energisch zu widersprechen.

Bei der Beurteilung dieser Frage muß man von der klassenmäßigen Einschätzung der Demokratie im Kommunistischen Manifest und in weiteren Werken von Marx, z. B. über die „Klassenkämpfe in Frankreich“, von Engelsschen Aussagen, z. B. in „Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“ und Lenins „Staat und Revolution“ ausgehen.

Das, was als „Nonplusultra“ ausgegeben wird, die bürgerliche Demokratie, ist keine Demokratie für das Volk. Das Grundgesetz eines Staates ist seine Verfassung. Die Verfassungen der DDR sind auf zutiefst demokratische Weise zustande gekommen. Der Text aus dem Jahr 1968 wurde nach umfassender Diskussion in Hunderttausenden Kollektiven durch einen Volksentscheid in Kraft gesetzt, bei dem mit Ja oder Nein geheim abgestimmt worden ist. So etwas hat es in der BRD hinsichtlich des Grundgesetzes nicht gegeben, und bei den Länderverfassungen nur in Einzelfällen.

Oberstes Prinzip in der DDR war die führende Rolle der SED. Auch wenn gerade dieser Grundsatz seit Beginn der Konterrevolution stets im Zentrum der gegnerischen Angriffe steht, muß klar gesagt werden: Der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft ist ohne wissenschaftliche weltanschauliche Grundlage nicht möglich. Diesen Kompaß aber besaß die SED in Gestalt des Marxismus-Leninismus.

Was die innerparteiliche Demokratie betrifft, muß festgestellt werden, daß sie zeitweilig – besonders in der zweiten Hälfte der 80er Jahre – deformiert war. Dem Wesen nach gab es immer mehr eine Art Diktatur des hauptamtlichen Apparats mit dem 1. Sekretär der jeweiligen Führungsebene an der Spitze. Das war so von der Zentrale bis in die Kreise, mit Abstrichen auch in den Betrieben und Einrichtungen.

In den Grundorganisationen kam es in den 80er Jahren kaum noch zu einer lebendigen Diskussion. Diskussionsbeiträge – von den Delegiertenkonferenzen der Kreise bis zum Parteitag – wurden unzählige Male durch die Mühle gedreht, bis die Aussage „stimmt“. Oft erkannte der Diskussionsredner seinen Beitrag nicht wieder. Das war peinlich. Ich muß eingestehen, daß auch ich an diesem Zustand mit schuld war. Ich bin da hineingewachsen und nicht dagegen aufgetreten. Die gesellschaftswissenschaftliche Forschung an der Parteihochschule und in den Parteistatuten hat Hervorragendes geleistet. Aber vieles mußte in den Panzerschranken bleiben, weil es nicht in die Linie der Führung paßte. Die Gesellschaftswissenschaft wurde so immer mehr zur Magd der Parteipolitik, die in zunehmendem Maße voluntaristische Züge annahm. Zu den Vorzügen in der Tätigkeit der SED gehörte die meist kameradschaftliche Zusammenarbeit mit den Vertretern der befreundeten Parteien. Ich habe diese als kompetente Gesprächspartner kennengelernt und sie meine Achtung auch spüren lassen. Ich hatte nie den Eindruck, daß sie sich in unserem Bezirk bevormundet fühlten. Ob es allerdings richtig war, die Sitze in den Volksvertretungen nach einem Schlüssel aus dem Jahre 1946 zu verteilen, wage ich stark zu bezweifeln. Es hätte keine Gefahr für den Sozialismus bestanden, wenn eigene Listen der befreundeten Parteien zugelassen worden wären und nicht nur Sammel Listen der Nationalen Front. Die SED als Massenpartei wäre nach meiner festen Überzeugung dazu in der Lage gewesen, die absolute Mehrheit bzw. eine Majorität zu erringen, die es ihr als der Kraft mit den meisten Stimmen gestattet hätte, die Regierung zu führen. Die Zulassung bürgerlicher Oppositionsparteien hätte im Widerspruch zur sozialistischen Revolution gestanden. Dadurch

Lob der Dialektik

... von den Unterdrückten sagen viele jetzt:
 Was wir wollen, geht niemals.
 Wer noch lebt, sage nicht: niemals!
 Das Sichere ist nicht sicher.
 So wie es ist, bleibt es nicht.
 Wenn die Herrschenden gesprochen haben
 Werden die Beherrschten sprechen.
 Wer wagt zu sagen: niemals?
 An wem liegt es, wenn die Unterdrückung bleibt?
 An uns!
 An wem liegt es, wenn sie zerbrochen wird?
 Ebenfalls an uns!
 Wer niedergeschlagen ist, der erhebe sich.
 Wer verloren ist, kämpfe!
 Wer seine Lage erkannt hat,
 wie soll der aufzuhalten sein?
 Denn die Besiegten von heute
 sind die Sieger von morgen.
 Und aus niemals wird: Heute noch.

BERTOLT BRECHT

wäre das Ziel der gesellschaftlichen Umwandlung in Frage gestellt und eine Rückkehr zum Kapitalismus erleichtert worden.

Eine im Ganzen wertvolle Arbeit wurde von den Volksvertretungen geleistet. Bei der Kandidatenaufstellung konnte sich niemand bewerben, der nicht die Zustimmung seines Arbeitskollektivs besaß. Entscheidend war der persönliche und gesellschaftliche Einsatz derer, die sich den Wählern vorstellten. Daß die Abstimmungen in den Volksvertretungen zu eingebrachten Vorlagen meist einmütig erfolgten, sollte nicht als Zeichen mangelnder Demokratie gewertet werden. Die Gesetze der Volkskammer und die Beschlüsse der Volksvertretungen – von der Gemeinde bis zum Bezirk – waren im Regelfalle zuvor öffentlich diskutiert worden. Sie dienten nicht – wie viele Bundestagsentscheidungen – den Interessen reicher Parasiten. Warum sollte es hier Gegenstimmen geben? Daß es durchaus möglich war, einem Gesetzentwurf der Volkskammer die Zustimmung zu versagen, zeigte das Votum über die Vorlage zur Schwangerschaftsunterbrechung. Hier haben Abgeordnete, wohl vorwiegend aus der CDU, dagegen gestimmt, weil sie dieses Gesetz nicht mit ihrer weltanschaulich-ethischen Position in Übereinstimmung sahen.

Negative Züge hatte die Organisation des Wahlaktes selbst. Dabei haben wir uns vieles vergeben. In sämtlichen Wahllokalen waren zwar Kabinen, und niemand mußte Repressalien befürchten, wenn er sie aufsuchte. Es wäre aber besser gewesen, ihre Benutzung generell zur Pflicht zu machen. Bei der Abstimmung über die sozialistische Verfassung von 1968 war das der Fall. Das Ergebnis hätte uns ermutigen sollen. Der Drang jeder Ebene, unbedingt ein „hundertprozentiges“ Ergebnis zu erreichen, war unwürdig. Das hat der internationalen Reputation unserer Wahlen in erheblichem Maße Abbruch getan. Glaubwürdige Ergebnisse zwischen 70 und 80 Prozent, die erreichbar waren, hätten dem Sozialismus mehr genützt und überdies ein realistischeres Bild vermittelt. Auch die Sicherstellung einer höchstprozentigen Abstimmungsbeteiligung durch den Einsatz „fliegender Wahlurnen“ gehört zu diesem Bild.

Ein wirklicher Ausdruck von Demokratie war die Arbeit mit Eingaben und Beschwerden. Jede von ihnen wurde innerhalb von zwei Wochen per Eingangsbestätigung beantwortet und dann gründlich bearbeitet. Das geschah unabhängig davon, ob im Sinne des betreffenden Bürgers entschieden werden konnte oder nicht.

Gut entwickelt hatte sich auch die in kapitalistischen Staaten wie der BRD völlig undenkbar Demokratie in den Betrieben. Dabei ist die herausragende Rolle der Gewerkschaften, des FDGB, hervorzuheben. Er nahm in eigener Verantwortung wichtigste Aufgaben wahr: Die Plandiskussion, die Verwaltung der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten, den Millionen Urlaubspätze bereitstellenden gewerkschaftlichen Feriendienst, den Arbeitsschutz.

Zur Demokratie gehörte auch die Mitwirkung des Volkes an der Rechtspflege. Die hauptamtlichen Richter wurden durch die Volksvertretungen aller Ebenen gewählt. Auch die Wahl der Schöffen, das Wirken der Konfliktkommissionen in den Betrieben und der Schiedskommissionen in den Wohngebieten waren zutiefst demokratisch.

Die sozialistische Demokratie kann also weder inhaltlich noch in ihren Formen an der Elle der bürgerlichen Demokratie gemessen werden.

Meine vierte und letzte These:

Wesentliche Ursachen der Niederlage des Sozialismus in Europa bestanden auch darin, daß es nicht gelang, durch eine enge Zusammenarbeit der sozialistischen Länder die notwendigen Potenzen für eine erfolgreiche Klassenauseinandersetzung mit dem Kapitalismus zu schaffen.

Das dafür notwendige Instrument hätte auf wirtschaftlichem Gebiet der RGW sein können. Doch hier mangelte es an der notwendigen Ab- und Übereinstimmung der Interessen der Beteiligten. Die DDR setzte sich allerdings lange Zeit intensiv dafür ein. Nationalistische Tendenzen in einzelnen RGW-Staaten wirkten hemmend. Auch „großrussische Ambitionen“ jener Art, mit der sich schon Lenin auseinandergesetzt hatte, trugen zu den Defiziten maßgeblich bei. Die Potenzen der sowjetischen Wissenschaft und die diesbezüglichen Kapazitäten der Bruderstaaten kamen aus subjektiven Gründen immer weniger zur Entfaltung. So konnte der Anschluß an die wissenschaftlich-technische Revolution im Westen nicht hergestellt werden. In bezug auf die DDR wurden Entscheidungen gegen die Entwicklung von Industriezweigen getroffen, die der gesamten Gemeinschaft großen Nutzen hätten einbringen können. Die Rohstoffversorgung der RGW-Länder durch die UdSSR unterlag immer stärker großmachtpolitischen Erwägungen, wobei der proletarische Internationalismus am Ende völlig unter die Räder geriet.

Unter Gorbatschow gesellten sich zu den erwähnten Belastungen auch noch ein hohes Maß an Unfähigkeit, blanker Voluntarismus und schließlich offener Verrat an den verbündeten sozialistischen Ländern, insbesondere auch gegenüber der DDR, die in der Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus der BRD an vorderster Front stand. Dieser Kurs gipfelte in der direkten Preisgabe unseres Staates und dem Zerfall der UdSSR, im Sieg der Konterrevolution in Europa. Er wird nicht ewig währen. Denn ich bin zutiefst davon überzeugt, daß die historisch unvermeidliche Systemauseinandersetzung mit dem Kapitalismus letztlich zugunsten des Sozialismus entschieden wird, wenn Fehler und Schwächen der ersten Jahrzehnte sozialistischer Umgestaltung tiefgründig analysiert, erkannt und künftig vermieden werden. **Dr. Dr. Ernst Albrecht**

Unser Autor war Sekretär für Agitation und Propaganda der SED-Bezirksleitung Neubrandenburg.